



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/V/200

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33
29. August 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Nationalkongress an der Lenin - Allee	S.1
Zum Evangelischen Kirchentag	S.3
Die Hamburger Konferenz der DGB - Jugend	S.5
Wie der SSD Agenten wirbt	S.6

Nationalkongress an der Lenin-Allee

F.F. Der sogenannte Nationalkongress der sowjetkommunistischen Nationalen Front, mit grossem Pomp angekündigt, ist ohne Sensation zu Ende gegangen. Die verkündeten Parolen waren nichts anderes als ein Neuaufguss des Parteitags der SED vor wenigen Wochen. Moskau hat den sogenannten "Nationalen Widerstand", um es deutlicher zu sagen, hat die Intensivierung der Untergrund- und Unterminierarbeit in Westdeutschland befohlen, nachdem es allzu offensichtlich geworden ist, dass weder über die KP noch über die kommunistischen Tarnorganisationen im direkten Zugriff oder in der geistigen Auseinandersetzung für den Kreml Blumenopfer zu gewinnen sind. Sabotage, Streiks, Einschüchterung, Konspiration, Spionage, Terror, Aufwiegelung gegen die westlichen Besatzungsmächte und die Regierung der Bundesrepublik - das waren die Direktiven, die Wilhelm Pieck auftragsgemäss zu erteilen hatte. Dazu Propaganda. Er selbst nannte unter den "fünf grossen Aufgaben" nacheinander: "1. die Werktätigen tagtäglich über die verbrecherische Politik der imperialistischen Westmächte aufzuklären, 2. das ganze deutsche Volk davon zu überzeugen, dass die Sowjetunion seit ihrem Bestehen konsequent eine Politik des Friedens und der Völkerverständigung betrieben hat".

Ausser den Kommunisten und ihren zonalen Satelliten waren aus Westdeutschland neben linientreuen Gesinnungskumpanen auch einige Beamte, Geschäftsleute, Künstler und Bauern erschienen. Soweit sie nicht Opportunisten und besondere Angsthäsen waren, stand ihnen die zumindest politische Beschränktheit an die Stirn geschrieben. Einem Teil von ihnen fiel

während der zweitägigen Kommunistenkonferenz einiges auf. Da war es für sie aber schon zu spät. Sie wollten gegen diesen oder jenen Passus in Resolutionen und im Programm der Nationalen Front protestieren. Man übersah sie und ihren Protest der Einfachheit halber. Von den bolschewistischen Regisseuren wurde schon übel vermerkt, dass einige der westdeutschen "Delegierten" sich nicht jedesmal erhoben, wenn der Name Stalin fiel oder der Sowjetunion Erwähnung getan wurde. Man ignorierte sie fürderhin. Wären sie Bewohner der Sowjetzone, sie würden daheim eine böse Lektion erhalten.

Der Nationalkongress hatte als eine seiner vordringlichen Aufgaben gestellt bekommen, das Einheits-Wahlprogramm für die zonalen Einheitswahlen im Oktober zu verabschieden. Nachdem das Zentralkomitee der SED es zwei Tage zuvor verabschiedet hatte, erfolgte denn auch ohne Beratung die Annahme, selbstverständlich "einstimmig". Dieses Programm umfasst zwei Druckseiten und wärmt auch seinerseits nur all die längst bekannten Propaganda-Mätzchen auf. Bemerkenswert war der sehr häufig wiederkehrende Hinweis auf die Notwendigkeit einer Intensivierung des Ost-West-Handels. Womit insofern Klarheit geschaffen wäre, als tatsächlich der Interzonenhandel dringlich von den Sowjets gewünscht wird, weil ohne westliche Lieferungen die Wirtschaftspläne des Ostens völlig in der Luft hängen. Hieraus sollte man endlich Konsequenzen ziehen.

Wenn aus dem Nationalkongress eine Lehre gezogen werden muss, dann ist es diese: den getarnten Partisanen des Ostens in der Bundesrepublik sollte schärfer als bisher auf die Finger geklopft werden. Die Aufträge, die sie erhielten, waren so eindeutig gegen den Bestand der Bundesrepublik gerichtet, dass hier ein weiteres Gewährenlassen gleichbedeutend wäre mit einer Selbstaufgabe. Man sollte sich auch die Verwaltungen und Gewerkschaften genauer ansehen. Es kann niemand in einer demokratischen Institution geduldet werden, der die Demokratie verhöhen hilft und sich bereit erklärt, sie zu unterminieren. Man sollte sich auch jene Fabrikanten und Geschäftsleute näher ansehen, die den Ostberliner Partisanenkongress "zierten". Soweit sie ihren Sitz in der Bundesrepublik haben, wäre ihnen eine Sitzverlegung in die Sowjetzone zu empfehlen. Dann haben sie wenigstens die Gewissheit, bei Zeiten enteignet zu werden.

Solche Konsequenzen aus dem Verhalten der westdeutschen "Delegierten" sind vor allem deshalb angebracht, weil diese Leute dem Sowjetregime zur willkommenen Drapierung dienen und den Kampf der Ostzonenbevölkerung gegen das verhasste Gewaltsystem erschweren. Was die Menschen

in der Sowjetzone und in Ostberlin von dem Nationalkongress hielten, bewiesen sie durch eine rege Nichtbeteiligung. Ostberlin sollte nach dem Willen der Veranstalter ein Meer von Flaggen, Transparenten und dergleichen sein. Zumindest halb Berlin wünschte man auf den Beinen. Wirklichkeit war weder das eine noch das andere. Die Bevölkerung war nicht einmal neugierig auf das Einheits-Wahlprogramm. Und das mit Recht. Denn dass sie mundtot gemacht ist, weiss sie aus Erfahrung.

Kirchentag und Politik

Dr.G. Die soziale Radikalität, wie sie in einigen Entschliessungen des Bochumer Katholikentages zum Ausdruck kam, hat innerhalb der katholischen Kirche zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen geführt, in die sogar der Papst selbst eingriff. Die Wahl Passaus, also einer Stadt mit betont konservativer Atmosphäre und Umwelt, als Ort des diesjährigen Katholikentages ist gewiss z.T. aus Scheu vor der Wiederholung ähnlicher Forderungen getroffen worden.

Der evangelische Kirchentag 1950 hat im Herzen des Industriegebietes, in Essen stattgefunden. Auch daraus ergab sich zwangsläufig als zentrale Aufgabe die Beschäftigung mit den sozialen Problemen der Gegenwart. Zwar stellt ein evangelischer Kirchentag als eine von Laien getragene Veranstaltung im gewissen Sinne ein jüngerer Parallelunternehmen zu den traditionsreichen Katholikentagen dar, aber von Ursprung und Wesen der protestantischen Kirche her erhält er doch ein anderes Gepräge. Das Verhältnis des Protestantismus zur Öffentlichkeit, zu den Kräften des politischen Lebens ist weitaus vielschichtiger und lockerer als die eindeutige und strenge Haltung des Katholizismus, der sich heute fast überall in Europa sog. 'christlicher' Parteien als eines verlängerten Armes der kirchlichen Machtansprüche bedient.

Alle evangelischen Verlautbarungen, die für eine breite Öffentlichkeit bestimmt sind, müssen der Tatsache Rechnung tragen, dass evangelische Christen ihren politischen Ort in verschiedenen Parteien finden. Diese im letzten Grund durchaus fruchtbare Spannung bedingt Vorsicht und Zurückhaltung in den offiziellen Formulierungen. bringt aber zuweilen die Gefahr mit sich, Entscheidungen des politischen Lebens, vor die sich auch die evangelische Kirche als Kirche unabweisbar gestellt sieht, oder auf die Ebene allzu geschmeckig gehaltener Erklärungen zu verschieben.

Auch der Kirchentag konnte sich dem nicht entziehen, und die Fronten im politischen Bereich mussten sich naturgemäss in den Diskussionen des Kirchentages widerspiegeln, so etwa auf wirtschaftlichem Gebiet der Gegensatz sozialistischer und neoliberaler Vorstellungen. Man kann ihm nicht dadurch ausweichen, dass man, wie es einer der Redner versuchte, eine evangelische Soziallehre propagiert, die 'Sozialismus und Liberalismus in ihrer Begrenzung durchschaut, deren berechnete Tendenzen aber in sich vereint'. Jeder ein Bisschen an den guten Willen noch ein Bekenntnis zu notwendigen Sozialreformen auf Einzelgebieten geben der Losung des Kirchentages 'Rettet den Menschen' genügend klaren Ausdruck. Die von vielen Diskussionsrednern oft mit Leidenschaft vertretene Erkenntnis, dass die äusseren Umstände, in die der Mensch durch die heutige Gesellschaftsordnung hineingestellt ist - schlicht und hart gesagt - unmenschlich sind, fand in den Arbeitsergebnissen nur teilweise die gebotene Schärfe der Formulierung. Auch die Entschliessung des Rates der evangelischen Kirche in Deutschland zum Mitbestimmungsrecht, die sich der Kirchentag zu eigen machte, war unzureichend. So sehr das Ja zum wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht zu begrüßen ist, so gefährlich kann sich die unklare Haltung zu der Frage der betrieblichen Mitbestimmung gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft auswirken.

Um die Stellung zur Wiederaufrüstung entwickelten sich erregte, ja erbitterte Debatten. Es kann nicht verschwiegen werden, dass unter den Gegnern der Remilitarisierung auch Stimmen laut wurden, die aus einem radikalen christlichen Pazifismus jede Bewaffnung ablehnten und deshalb Gefahr liefen, den falschen Friedensparolen des Ostens, bewusst oder unbewusst, Unterstützung zu leihen. Peinlich war auch der Versuch Dr. Gerstenmaiers, unter der Parole "Unsere christliche Verantwortung für Europa" den Tausenden, die in einer abendlichen Stunde Erbauung suchten, nicht aber eine politische Propagandarede hören wollten, die Haltung seiner Partei zu Europarat und Wiederaufrüstung schmackhaft zu machen.

Der Rat der EKD hat sich entschieden gegen eine Wiederaufrüstung Deutschlands ausgesprochen, sowohl was den Osten wie den Westen anlangt. Die Erklärung zieht aus den Vorgängen im Fernen Osten die Lehre, daß der Frieden durch nichts so sehr bedroht wird, als wenn man ein Land durch willkürliche Grenzziehung in zwei Teile aufgespalten hält. Aber gerade in diesem Zusammenhange vermisste man die Feststellung, dass der Frieden durch soziale Ungerechtigkeit mindestens genau so stark gefährdet ist.

Sicher liesse sich an die Erklärungen des Kirchentages manche weitere Kritik knüpfen. Das mindert nicht die Bedeutung, die dieser Kundgebung evangelischen Laientums zuerkannt werden muß. Auf dem Wege des deutschen Protestantismus, aus falsch verstandener Innerlichkeit und Weltverachtung auf der einen und blinden Obrigkeitsvertrauen auf der anderen Seite herauszukommen, kann der Essener Kirchentag einen für die Zukunft verheissungsvollen Markstein abgeben.

Problem Jugendnot

bu - Es ist bedauerlich, dass weder der Herr Bundesinnenminister, der durch den evangelischen Kirchentag in Essen stark in Anspruch genommen war, noch der Herr Bundesarbeitsminister - seines Urlaubs wegen - die Zeit finden konnten, den Beratungen der ersten Bundesjugendkonferenz des DGB in Hamburg am vergangenen Wochenende beizuwohnen. Die Stellungnahme der durch 175 gewählte Delegierte vertretenen 500.000 im DGB organisierten jungen Arbeiter und Angestellten zu den Problemen der wirtschaftlichen und sozialen Notlage der Jugend, wäre für die Bundesregierung bestimmt eindrucksvoller gewesen, wenn die Herren Minister bei den Referaten und der Diskussion junger, um die Lösung der Jugendnot ringender Menschen zugegen gewesen wären. Ausserdem wäre manchem Delegierten die Frage, ob man Verständnis für die Jugend haben kann, wenn man nicht die Zeit zu einer gemeinsamen Erörterung ihrer dringlichsten Probleme findet, erspart geblieben.

In der Sache haben die Jugendvertreter in Hamburg einmütig und einmütig verständlich zum Ausdruck gebracht, dass sie sich mit allen Kräften gegen die Bemühungen mancher Kreise wehren werden, mit Lehrlingen Steuerbegünstigungsgeschäfte zu machen und unter Ausnutzung des Lehrstellenmangels die sozialen Errungenschaften für Lehrlinge wieder zu Fall zu bringen. Ebenso entschieden wurde die Wiedereinführung eines Arbeitsdienstes abgelehnt und dem Versuch entgegengetreten, die Jugend durch die soziale Notlage den Bestrebungen einer Remilitarisierung gefügig zu machen.

Weitere Erkenntnisse und Forderungen waren folgende: Nur mit einer planmässigen Schaffung zusätzlicher Lehrplätze, dem Bau von Lehrlingswerkstätten und Lehrlingswohnheimen mit staatlichen und kommunalen Mitteln und einer den Veranlagungen und Fähigkeiten der Jugendlichen entsprechenden Ausbildung kann für die Jugend die Voraussetzung zu einer gesunden und lebensfähigen Entwicklung geschaffen werden. In einem neuen

7/200

Berufsausbildungsgesetz muss das volle und uneingeschränkte Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in allen Fragen der Berufsausbildung verankert sein. Eine eindeutige Regelung des Lehrverhältnisses als Arbeitsverhältnis besonderer Art ist erforderlich. Das Berufs- und Fachschulwesen muss ausgebaut und neu und einheitlich geregelt werden.

Aktive Teilnahme am demokratischen Leben und vorurteillose Meinungsbildung setzen ein Grundwissen über die Triebkräfte eines demokratischen Staates voraus. Es ist deshalb eine vordringliche Aufgabe der Bundesregierung und der Länderregierungen, Sofortmassnahmen zur Intensivierung des staatspolitischen Unterrichts in allen Berufs- und allgemeinbildenden Schulen zu treffen.

Neben dieser praktischen Arbeit an der Überwindung der sozialen und wirtschaftlichen Jugendnot steht die Notwendigkeit äusserster Wachsamkeit gegen die antidemokratischen Kräfte und die Entschlossenheit zu aktiven Gegenmassnahmen, wo sie durch Terror, Demonstrationen und Sabotage herausgefordert werden.

Anwerbung von Agenten für den SSD

(sp) Wie das Ostbüro beim Parteivorstand der SPD erfährt, wirbt der Staatssicherheitsdienst (SSD) der Sowjetzone seine Agenten nach folgendem System an:

SED-Mitglieder erscheinen dem SSD als wenig geeignet, um als Vertrauensleute (V- oder X-Leute) Verwendung zu finden - sie sind durch ihre Parteimitgliedschaft zu exponiert, um getarnt arbeiten zu können. Die Angehörigen des SSD sind daher angewiesen, ihre Agenten und V-Leute vor allem unter ehemaligen Offizieren, Pg's oder Angehörigen der nichtsedistischen Parteien zu suchen. Die Auswahl dieser Personen wird unter Benutzung der Betriebskartellen und der polizeilichen Meldekartellen vorgenommen. Personen, die aus irgendeinem Grunde - wegen ihrer politischen Vergangenheit oder kleiner Vergehen - unter Druck gesetzt werden können, werden bevorzugt. Nach Auswahl der V-Leute durch den SSD muss an den MWD, also die übergeordnete sowjetische Behörde, eine Anfrage gerichtet werden, ob der SSD die betreffende Person für seine Zwecke verwenden kann oder nicht. Lehnt das MWD ab, kann in den meisten Fällen angenommen werden, dass die betreffende Person bereits für das MWD tätig ist. Stimmt das MWD der Auswahl zu, muss der SSD die Person schriftlich verpflichten, für den Staatssicherheitsdienst zu arbeiten.

Die Richtlinien besagen, dass die neu zuwerbende Person, falls sie die Verpflichtung ablehnt, "ideologisch bearbeitet" werden muss, d.h. es ist ihr klarzumachen, dass die DDR, also der Sowjetzonenstaat, geschützt werden soll usw. Natürlich wenden die SSD-Angehörigen bei dieser "ideologischen Bearbeitung" auch Drohungen an.

Die Gegenargumente des Betroffenen, weshalb er eine Tätigkeit im SSD ablehne, können ihm leicht die Bezeichnung "Saboteur am Wiederaufbau" eintragen, was unter Umständen seine Verhaftung zur Folge haben kann. Lehnt er trotz dieser "ideologischen Bearbeitung" eine Mitarbeit ab, so muss er in Ruhe gelassen werden. Wahrscheinlich hat das MWD mit gepressten Spitzeln schlechte Erfahrungen gemacht, und der SSD hat Anweisung bekommen, seine Spitzelorganisation nur aus "Freiwilligen" zu bilden.